

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 8 Spalten. Colonnezeitung für Arbeitsgeluche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schäffeleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Kampf unsern Fehlern!

Der Menschengeist wird rein von seinen Fehlern, indem er für sie leidet.

Mes was Mensch heißt, ist mit Fehlern behaftet; aber es ist Ehrenaufgabe des vorzüglichsten Geschöpfes, dieser unvollkommenen Erde, während des Lebens soweit wie möglich die relative Vollkommenheit aller Art, die man sich meist unbewußt durch eigene Schuld zuzieht, scharfen das Auge für die Charakterfehler. Selbsterkenntnis ist die Vorbedingung, oft auch schon der Anfang einer Umwandlung von Trägheit in Energie. — Mancher läßt sich lange über innern Hochmut, Ehrgeiz und Neid hinweg. Aber wenn ihn fortgesetzt die kleinste Vernachlässigung von Seiten anderer kränkt, wenn er überall in der ersten Reihe stehen möchte und ihn jeder Mißerfolg in dieser Richtung bittere Stunden bereitet, wenn er es nicht ertragen kann, zuzusehen, wie andere vom Glücke begünstigt werden, wenn jeder Lebensstag den innern Druck vermehrt und die Zufriedenheit vermindert, dann eine einzige Stunde des Nachdenkens, in der er nicht die Schuld in andern, sondern ehrlich in sich selbst sucht und findet, seinem künftigen Leben einen entscheidenden inneren Umschwung geben. Man darf zur Entschuldigend der fehlerhaften Menschheit nicht vergessen, daß die allerwenigsten sich ihrer Fehler klar bewußt sind und sie darum auch nicht von Grund auf bessern können.

Wer aber zur vollen Erkenntnis der eigenen Charakterfehler vorgebrungen ist, dem werden die Fehler erst recht zur Leidensquelle, die aber vortrefflich zur Reinigung dienen kann. Jeden Tag aufs neue einsehen, wie nachteilig man von der eigenen Schwere beeinflusst wird, daß man trägt ist, wo man gerade die Trägheit über alles hat, daß ist nicht leicht zu ertragen. Und wenn man an andern nichts so sehr geißelt, als Hochmut und Neid, dann gereicht es gewiß nicht zur Freude, zu fühlen, wie diese beiden Untugenden einen auf Schritt und Tritt begleiten, und wenn man sich auch noch so sehr zu beschneiden sucht, immer wieder neue Schöpflinge treiben. Menschen, die es ernst mit der Bekämpfung ihrer Fehler meinen, könnten erzählen, wie sie selbst unter ihnen am meisten leiden.

Und doch darf man all diesen Kämpfenden und Leidenden Glück wünschen, denn der endgültige Sieg bleibt nicht aus, wenn die Fehler auch erst nach Jahren, vielleicht erst in der letzten Lebensstunde ausgeremert sind. Fehler besiegen ist ja Lebensaufgabe, und Ehre allen, die sie in langer Lebensschule gelöst haben!

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

Schon das letzte Mal konnten wir berichten, daß die Verlängerung des Roheisenverbandes einschließlich der Werke der Siegerländer Gruppe gesichert sei. Am 15. d. M. hätte eine Versammlung des Roheisenverbandes und der ihm noch fernstehenden Werke der luxemburgisch-lothringischen Gruppe stattfinden sollen, zwecks Beitritt der letzteren. Sie wurde aber in letzter Stunde vertagt, angeblich wegen Verhinderung eines der größten der in Frage kommenden Werke. Man dürfte deshalb aber keinen ungünstigen Schluß ziehen, denn die Verhältnisse liegen tatsächlich so, daß der Beitritt der genannten Gruppe sicher und alles zum Abschluß reif sei. Mag dem sein, wie ihm wolle, — der Roheisenverband hat schon dadurch einen großen Erfolg erreicht, daß ihm ein Teil der luxemburgisch-lothringischen Gruppe und die Siegerländer Gruppe insgesamt beigetreten sind. Von der ersteren gehören dem Verband nunmehr an: der Lothringer Hüttenverein Rumex-Friede, die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft (Abteilungen Esch und Deutsch-Elf), die Deutsch-luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft, die Rümelingener und St. Ingberter Hütten- und Stahlwerke, welche mit der letztgenannten Gesellschaft in Interessengemeinschaft stehen, des ferneren die Sociétés Metallurgique de Sambre et Moselle und ihre Niederlassungen in Maizières bei Metz. Die alte luxemburger Vereinigung ist dem Verbande bis jetzt noch nicht beigetreten. Sie umfaßt die Werke: de Wendel, Jules Collet u. Co., Le Gallais Metz u. Co., Abching, Dugree-Marishape, Rombach und Püdelingen. Außerdem stehen noch abseits: die Rillingen Hüttenwerke, die Halberger Hütte und die Werke Gebr. Stumm.

Der Roheisenverband in seiner jetzigen Gestaltung umfaßt 40 Mitglieder. Das ostdeutsche Roheisenhindikat mit 6 Werken ist dabei als 1 Mitglied berücksichtigt. Die Beteiligung im neuen Roheisenverband beträgt in seiner jetzigen Gestaltung 3 350 000 Tonnen. Hiervon entfallen auf die Siegerländer Gruppe 547 500 To., auf die übrigen Werke des alten Verbandes 2 200 000 To. Wie man weiß, waren besonders die Verhandlungen mit der Siegerländer Gruppe schwierig, der man zuerst nur eine Beteiligung von 400 000 To. bezw. später 490 000 To. angeboten hatte.

Organisatorisch interessant ist, daß eine Handelsorganisation für Roheisen geschaffen werden soll, der eine Gesamtsumme für den Handel, entsprechend dem bisherigen Absatz der einzelnen Händler zugewiesen wird. Die

wir schon fetter erwähnt haben, war eine Erhöhung der Beteiligungsziffer ausgeschlossen. Die Erwerbung von Anteilen anderer Werke ist nunmehr zulässig, wenn die Finanznahme eines Werkes es erfordert.

Es ist nicht zu verkennen, daß der ganze Eisenmarkt infolge der Sicherung des Roheisenverbandes eine Stärkung erfahren hat, die sich besonders in der Festigung der Preise bemerkbar macht. In der Produktionsziffer allerdinge scheint im ganzen eher ein gewisser Stillstand als Fortschritt eingetreten zu sein. Doch ist diese Tatsache für den Markt eher günstig als ungünstig zu beurteilen; denn sie gibt wenigstens einigermaßen die Möglichkeit einer vernünftigen Preispolitik. Die Roheisenproduktion betrug im Juli 1 290 106 To., im Juni 1 262 997 To., im Mai 1 312 255 To., im April 1 285 895 To., im März 1 322 114 To., im Februar 1 179 109 To., und im Januar 1 320 685 To. Im Durchschnitt zu den Monaten März, April, Mai ist die Produktion im Juli um 16 449 To. zurückgegangen. Bereits früher haben wir darauf hingewiesen, daß gerade bei den hochgradigsten Industrien, deren Erneuerungstermin nahe ist, sich eine Forcierung der Produktion bemerkbar macht, die auf das Streben erhöhter Beteiligungsziffern zurückzuführen ist. Neulich verhält es sich auch bei der Roheisenproduktion. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres weist sie übrigens eine nicht unbedeutliche Vermehrung auf; betrug sie doch dort 1 228 316 To., das sind weniger 61 790 To. als im Juli dieses Jahres.

Der Versand des Stahlwerksverbandes an Produkten B hat im Juni gegen den Mai nachgelassen; diese Bewegung geht parallel der Erscheinung auf dem Roheisenmarkt, wo die Produktion sich um 49 258 To. vom Mai auf Juni vermindert hat. Der Versand in Roheisenbetriebe betrug im Juni 522 720 To., d. h. 25 296 To. weniger als im Mai d. J. und 3 732 To. mehr als im Juni des Vorjahres. Der Rückgang tritt in erster Linie Stabeisen, wo er über 13 000 To. beträgt. Daß die Beschränkung der Produktion gerade in diesem Artikel, der eine außerordentlich schwierige Zeit hinter sich hat, die oben erwähnten guten Folgen gehabt hat, beweist die Tatsache, daß die Preise um 5—6% gestiegen sind. Der Rückgang des Verbandes an Blechen beträgt 5400 To., an Walzdraht 7300 To. usw.

Auch im Versand an A-Produkten im Juli hat die rückläufige Bewegung, die im Juni eingesetzt hat, angehalten. Er betrug im Juli d. J. 461 357 To., im Juni d. J. dagegen 499 288 To., d. h. 37 931 To. mehr! Gegen den Juli des Vorjahres ist allerdings ein erhebliches Mehr zu verzeichnen. Hier betrug der Versand nur 393 799 To., also 67 558 To. weniger. Der Versand an Halbzeug betrug im Juli 129 280 To. (Juni 128 327 To.), an Eisenbahnmaterial 154 542 Tonnen (184 277 To.), an Formeisen 177 535 To. (186 684).

Die Produktion an A-Produkten hat im Juli um 38 000 To. abgenommen; sie betrug 416 000 To. gegen 449 000 Tonnen im Juni. Wie schon oben erwähnt ist auch die Produktion an B-Produkten im Juni gegen den Mai zurückgegangen. Sie betrug im Juni 523 000 To., im Mai 548 000 To.

Die Lage der Eisenindustrie ist momentan günstiger als seit langem. Der Fortbestand des Roheisenhindikats hat alles wie von einem lähmenden Druck befreit. Besonders hat natürlich der Roheisenmarkt eine Belebung erfahren, jedoch erstreckt sich diese und besonders die Festigung der Preise auch auf die übrigen Produkte. An der allgemeinen Signatur hat sich seit unserem letzten Bericht nichts wesentliches geändert. Die Auswärtsbewegung in der Metallindustrie erstreckt sich übrigens nicht nur auf Deutschland, sie ist eine internationale Erscheinung und diese Tatsache wirkt natürlich als Ursache auf den Stand der Industrie. Aus Belgien, das als Konkurrent Deutschlands eine nicht unbedeutende Rolle spielt, wird eine volkhäufige Veränderung des Eisenmarktes gemeldet. Besonders wird auch von hier eine Besserung der Preise berichtet, die sich auf fast sämtliche Artikel mit Ausnahme von Trägern und Schienen erstreckt. In Deutschland ist gerade das Geschäft in Trägern zufriedenstellend, da die starke Bautätigkeit noch anhält. Auch vom englischen Eisenmarkt lauten die Nachrichten günstig — der Roheisenmarkt der sehr darniederlag, hat sich etwas gebessert. Die Marktlage der Produkte der Fertigwarenindustrie hat ihre steigende Tendenz behalten. Hier wie auch in Belgien wird besonders auf die günstigere Lage des Stabeisengeschäftes hingewiesen, die sich besonders in steigenden Preisen kennzeichnet. Die französische Eisenindustrie hat den Niedergang in den letzten Monaten der in Deutschland unzweifelhaft eingetreten hatte, nicht mitgemacht. Die Preise konnten sich durchweg auf der Höhe halten. Hierin kann also eine Besserung mit Ausnahme des Stabeisens nicht konstatiert werden, wohl aber in der Verkaufstätigkeit, die trotz der jetzigen ungünstigen Jahreszeit sehr lebhaft ist.

Bei der Betrachtung der internationalen Lage der Eisenindustrie dürfen wir Amerika nicht übergehen. Es scheint mir, daß in der Beurteilung gerade hier etwas Vorsicht am Platze ist. Die Werke des Stahtrusts sind zwar nach dem Iron Age mit 80% ihrer Leistung beschäftigt, doch sind die Preise scheinbar nicht überall fest. Und gerade hierin scheint mir eine große Gefahr zu liegen; besonders in der Verbindung mit der starken überhäufteten Produktion, die in dem Bestreben, die Werke voll zu beschäftigen, ihre Begründung findet. Im allgemeinen herrscht für die Entwicklung in Amerika durchweg Optimismus. Zu diesem liegt jedoch weder hier noch in Deutschland ein Grund vor, insbesondere wäre es verfehlt, wollten

sich unsere Metallarbeiter dadurch in Sorglosigkeit wlegen lassen. Die Konjunktur wechseln rasch, abgesehen davon, daß auch in steigender Konjunktur Ursache genug vorhanden ist, daß der Arbeiter sich an die Wahrung seiner Rechte erinnert.

### Staatliche Fachschule für Installations- und Betriebstechnik.

Im Zeitalter des technischen Fortschritts, wo eine Erfindung die andere jagt, wo manches verwirklicht, wenn nicht überholt ist, was vor einem Jahrzehnt als unerreichbar galt, kommt es nicht mehr vor, daß man es, so wie früher vom „Dienst an der Pflanz“ ohne weiteres zum Industriekapitän bringt. Ja! nicht allein das. Wer heute im geistigen Rückwärt der Betriebsorganisation nur ein bescheidenes Können erlangen will, muß ein gerüttelt Maß von „Können“ aufzuweisen haben. Diejenigen, welche durch Kunst und Gnade untergekommen sind, machen allerdings eine Ausnahme von der Regel, aber eine recht unglückliche. So bald ihre „wärmende Sonne“ verschwindet, verschwinden sie als echte Schmarotzerpflanzen mit. Und es ist gut so. Denn wer als Vorgesetzter irgendwo hingestellt wird, soll es sein auf Grund seines Wissens und Könnens.

Auch die Zeiten sind vorbei, wo der Bursch mit dem Mängel unterm Arm sein Glück suchte und fand; wo er Meisters Töchterlein heimführte und selbst wohlbestallter Meister wurde; wenn er nur die Frage: „Was Nam 'und Art“ genügend beantwortet konnte. Die Fertigkeit der Hände allein ist heute kein Freibrief mehr Viel einbringlicher Klingt: „Was hast du im Kopfe?“ Beltweise tritt sogar die Portemonnaiefrage davor zurück.

Daher ist man allseitig bemüht, den jungen Fachkollegen neben der Werkstattausbildung geistiges Nützliches durch Fachschulen zu vermitteln. Private, Organisationen, Kommunen und Staat errichteten solche. Jetzt ist für Installations- und Betriebstechnik in Köln die erste staatliche Anstalt dieser Art eröffnet worden. Die neue staatliche Anstalt hat gerade in Köln ihren Sitz erhalten; weil die drei Monate währenden Meisterkurse für die gleichen Fachgebiete seit Jahren mit Erfolg in Köln abgehalten wurden. Auch bieten die Einrichtungen der königlichen Maschinenbauerschule, wie zweckmäßige Unterrichtsräume, Laboratorien, u. sowie eingearbeitetes Lehrpersonal viele Vorteile. Endlich machte die Stadt Köln die Eröffnung der Schule dadurch möglich, daß sie sich bereit erklärte, jährlich bis zu 15 000 M. Zuschuß zu leisten.

Um unseren Kollegen aus den in Frage kommenden Sparten Gelegenheit zu geben, sich über den Aufgabenkreis der Schule zu informieren, sei dieser nachfolgend in kurzen Strichen dargestellt.

Die Schule besteht aus zwei vollständig getrennten Abteilungen, von denen jede eine Fachschule für sich ist. Die eine Abteilung ist eine Fachschule für die Installations- und Betriebstechnik der Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsanlagen, die andere eine solche für Installations- und Betriebstechnik elektrischer Anlagen, eine elektrotechnische Lehranstalt. Beide umfassen einen Lehrgang von drei aufsteigenden Klassen von je halbjähriger Unterrichtsdauer. Das Sommerhalbjahr dauert von April bis August und das Winterhalbjahr von Oktober bis März. Das Schulgeld beträgt für jeden Lehrgang 75 M., also 225 M. insgesamt. Das Schulgeld ist pro Halbjahr im Voraus zu entrichten. Bedürftigen und tüchtigen Schülern kann vom zweiten Halbjahr an das Schulgeld erlassen werden. Dazu kommen noch die Ausgaben für Lehrmittel und Unterkunft, welche in den 18 Monaten bei ganz beschleunigten Ansprüchen immerhin noch 1000 M. betragen dürfen.

Wieviel fähige Köpfe, deren geistige Anlagen im Interesse des Gewerbes die Schule besuchen müßten, können eine solche Summe aufbringen? Es wird nicht minder sein; und manches talentvolle Arbeiterkind wird aus wirtschaftlichen Gründen sich die Vorteile des Schulbesuches nicht zunutze machen können. Das spricht allerdings nicht gegen die Schule an sich. Die ihr zugrunde liegende Idee ist gut, und mancher strebsame junge Kollege wird zweifellos, wenn er es auch nur unter Entbehrungen ermöglichen kann, vom Besuche der Schule profitieren. Die Abteilung für Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsanlagen will alle Kenntnisse vermitteln, die nötig sind für künftige Besitzer von Installationsgeschäften, Betriebsleiter, Obermonteure, technische Hilfskräfte für die Bureau größerer Installationsfirmen. Zur Aufnahme in die unterste Klasse ist der Nachweis einer guten Volksschulbildung, einer ordnungsgemäß bestandenen Lehrzeit und einer mindestens einjährigen Gesellenpraxis erforderlich. Außerdem ist der Besuch einer Fortbildungsschule vor dem Eintritt bringend erwünscht. Der Eintritt eines Neuaufzunehmenden in eine höhere Klasse kann erfolgen, wenn der Nachweis über die für die Aufnahme vorgeschriebene praktische Tätigkeit erbracht wird und eine Prüfung darauf, daß der Betreffende der vorhergehenden Klasse befähigt, letztere Bestimmung wird es zweifellos manchem ermöglichen, die erste Klasse zu überspringen und dadurch den dritten Teil der Kosten zu sparen. Schüler, welche die oberste Klasse absolviert haben, können zu der vor einer königlichen Prüfungskommission abzulegenden Meisterprüfung zugelassen werden, Schüler, die diese Prüfung bestehen, erhalten ein von der Kommission unterzeichnetes Meisterzeugnis.

Die andere Abteilung, die elektrotechnische Lehranstalt, will alle Kenntnisse vermitteln, die erforderlich sind für künftige Besitzer von Installationsgeschäften, Betriebleitern kleinerer Zentralen, Montageleitern, Werkmeistern, und Hilfskräften für elektrotechnische Betriebe. Zur Aufnahme in die unterste Klasse der Anstalt ist der Nachweis einer guten Volksschulbildung und einer fließfähigen praktischen Tätigkeit erforderlich. Ob der auf die Ausführung elektrischer Anlagen verwandte Teil dieser Tätigkeit als geeignet und ausreichend anzusehen ist, entscheidet der Direktor. Für solche, die beschäftigten, später die Meisterprüfung vor einer Handwerkskammer abzulegen, ist außerdem der Nachweis einer ordnungsmäßig bestandenen Lehre zu erbringen. Der Besuch einer Fortbildungsschule vor dem Eintritt in die Anstalt ist dringend erwünscht. Der Eintritt eines Neuaufzunehmenden in eine höhere Klasse kann erfolgen, wenn er den Nachweis über die für die Aufnahme vorgeschriebene praktische Tätigkeit erbringt und durch Ablegung einer Prüfung dargetan hat, daß er den Lehrstoff der vorhergehenden Klasse beherrscht. Für Prüfung und Reisekosten bestehen dieselben Bestimmungen, wie bei der anderen Klasse angegeben.

In den königlichen Maschinenbauanstalten in Köln, wozu die staatlichen Fachschulen für Installations- und Betriebsbedarf verbunden sind, bestehen auch noch, wie schon kurz erwähnt, Fortbildungskurse zur Ausbildung von Gas- und Wasserinstallateuren, Gasmeistern, Elektromonteuren, Wärtern elektrischer Anlagen und Elektro-Installateuren. Led. Leiter der Schulen, Herr Geh. Regierungsrat Romberg, Köln, Abt. 1, erteilt denen, welche die Schule besuchen wollen, bereitwillig Auskunft. — Mögen recht viele unserer jungen Kollegen von dem Besuch der Schulen profitieren.

### Friedr. Krupp A.-G. in Essen.

Der Jahresbericht dieses Riesenwerkes, der — ganz kurz gehalten — nur über die finanzielle Seite Aufschluß gab, haben wir schon früher an dieser Stelle besprochen. Nunmehr gibt uns der Jahresbericht der Handelskammer in Essen die Möglichkeit, Näheres über den Umfang des Unternehmens zu erfahren. Das Hauptwerk — die Gußstahlfabrik — ist in Essen. Dessen sind angeschlossen drei Kohlenwerke, eine in Essen, zwei in Bochum; weiter zahlreiche Eisensteingruben in Deutschland und in Spanien; des ferneren die mittelhessischen Hüttenwerke: die Mühlhoffer Hütte bei Egers (Hochofenanlage), die Hermannshütte bei Neuwied und die Sauer Hütte bei Sahn (Eisengießerei und Maschinenfabrik), endlich eine Werder in Rotterdam. Als Zweigniederlassungen kommen in Betracht: 1. die Friedrichshütte in Rheinhausen-Friemersheim, 2. Stahlwerk Annen in Annen, 3. das Grusonwerk in Magdeburg-Buckau, 4. die Germania-Werke in Kiel-Gaarden.

Die Gußstahlfabrik besteht aus ca. 60 Betrieben. Die Rohlenförderung der Zeche betrug 1910 2 474 326 T., die Krupp'schen Werke verbrauchten insgesamt 2 920 179 T. Das Hauptwerk in Essen wird durch vier getrennte Anlagen mit Wasser versorgt — der Verbrauch an diesem betrug 17 031 319 Kubikmeter, fast ebensoviel als der Verbrauch von Bochum. Das Gaswerk für die Fabrik lieferte 18 857 795 Kubikmeter Leuchtgas für 2146 Straßenflammen und 32 931 Flammen in Werkstätten, Büros usw. Neben dem Gaswerk bestehen 6 Elektrizitätswerke, die 2063 Vogenlampen und 40 000 Glühlampen speisen. Interessant und für den gewaltigen Betrieb charakteristisch ist die Tatsache, daß täglich etwa 8—9000 Telefongespräche stattfinden. Dem Verkehr auf der Gußstahlfabrik dient ein normalspuriges Eisenbahnnetz mit ca. 84 Kilometer Gleis. Etwa 50 Züge täglich vermitteln den Verkehr; zum Betrieb gehören 19 Lokomotiven und 890 Wagen. Ein schmalspuriges Eisenbahnnetz umfaßt ca. 60 Kilometer Gleis; ihm stehen 34 Lokomotiven und 1585 Wagen zur Verfügung.

Am 1. Mai 1911 betrug die Gesamtzahl der auf den Werken beschäftigten Personen einschließlich 8023 Beamte 69 292. Für diese ist eine eigene Konsumanstalt eingerichtet, die 95 Verkaufsstellen für Fleisch, Brot, Kolonialwaren usw., 32 Ausgabestellen für Kartoffeln, 11 Bierhallen, 13 Kantinen und 3 Kaffeehäuser umfaßt. Außerdem gehören zu ihr zwei Schlachtereien, eine Dampfbackerei, eine Mühle, eine Eisfabrik, eine Bürstenfabrik, eine Tütenfabrik, eine Kaffeebrennerei, zwei Schneidmehlmüllereien, eine Maltfabrik, Zementwerke. Die Zahl der bei der Konsumanstalt beschäftigten Personen betrug allein 1378 Personen (1. 1. 1911.)

Von Interesse dürfte eine Lohnstatistik sein, die dem Bericht beigegeben ist. Der Durchschnittslohn vom Jahre 1880 an betrug:

Jahr	Durchsch. Tageslohn	Jahr	Durchsch. Tageslohn	Jahr	Durchsch. Tageslohn
1880	3,19	1891	4,05	1901	4,63
1881	3,50	1892	4,06	1902	4,52
1882	3,57	1893	4,09	1903	4,56
1883	3,55	1894	4,06	1904	4,88
1884	3,55	1895	4,10	1905	5,12
1885	3,64	1896	4,24	1906	5,35
1886	3,71	1897	4,48	1907	5,35
1887	3,71	1898	4,57	1908	5,35
1888	3,71	1899	4,72	1909	5,44
1889	3,83	1900	4,78	1910	5,51
1890	3,95				

Der Durchschnittslohn ist von 1883 bis 1910 um 314%, von 1871 bis 1910 um 82% und von 1890 bis 1910 um 39% gestiegen.

### Saarabien.

Brennende Sonnenglut lag auf den Fluren, als ich die Reise begann um eine Agitationstour durch das Saarrevier zu unternehmen. Der die Verhältnisse kennt, weiß, wie unerträglich in dieser Sommerzeit die Hitze an den Oefen und an den Walzenstraßen in den Hüttenwerken ist. Kein Lufthauch hilft in diesen Tagen die unerträgliche Glut, unter der die Hüttenarbeiter ihre Arbeit verrichten müssen. Arme bedauernswerte Menschen, die trotz dieser unerträglichen Verhältnisse alle Tage 12 Stunden an ihrer Arbeitsstelle im Hochofen- und Walzwerk aushalten müssen. Bei Begegnung so gar 24 Stunden. Wer das bedenkt, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß der christliche Metallarbeiterverband eine Förderung der Menschlichkeit vertritt, wenn er für diese Arbeiter mit Entschiedenheit den künftigen Arbeitstag vor-

beret. Angesichts der 50—60 Grad Hottenglut, die einem auf jenen Werkabteilungen der Großindustrie entgegenströmen, muß auch dem rüchichtslosten Schachtmacher klar werden, daß die Forderungen des christlichen Metallarbeiterverbandes dem Schutze für Leben und Gesundheit der Leute dienen, welche durch ihre heroischen Arbeitsleistungen der Hüttenindustrie erst die Arbeitsmöglichkeit verschaffen.

Das Saarrevier mit Lothringen und Luxemburg ist eines der beherrschten Gebiete für die Großindustrie. Von 12 917 653 Tonnen Roheisenerzeugung im Zollgebiet des Deutschen Reiches in 1909, stellte das Saar-Lothringer-Luxemburger Gebiet 4 996 172 Tonnen. Ueberlegen ist ihm nur Rheinland-Westfalen mit 5 547 448 Tonnen. Der Rest verteilt sich auf Schottland und die übrigen Gebiete. In diesem Industriegebiet an der Saar setzte der christliche Metallarbeiterverband 1906 mit einer energiegelassen Agitation unter den Hütten- und Walzwerkarbeitern ein. Große Vorteile waren zu überwinden und eine jahrzehntelange mit allen Mitteln gepflegte Industriebrigkeit mußte bekämpft werden. Welche Auffassung von den Rechten der Arbeiter in leitenden Kreisen der Großindustrie hier anzutreffen waren, zeigte die Äußerung eines Dr. Viller: „Das ganze Gesicht“ von Menschenrechten erblickt in die Kumpelkammer.“ Nur unter Berücksichtigung dieser Anschauung von Menschenrecht ist es zu verstehen, wenn die Großindustriellen Schuch laufen gegen die Bundesratsverordnung vom April 1909. Gerade die gegenwärtige Zeit, wo unerträgliche Hitze herrscht, mußte jeden Menschenfreund auf den Plan rufen zur Mitarbeit an der Verwirklichung des ausgedehnten Arbeiterschutzes für die Arbeiter in den Hüttenwerken. Hier kann es nur eine durchgreifende Besserung geben; die Durchführung der Achtstundens-

Der christliche Metallarbeiterverband hat von jeder diese Förderung energisch vertreten. In den Hüttenarbeitern selbst liegt es nun, diese Arbeitszeitverkürzung sich zu erringen mit Hilfe ihrer Berufsorganisation. Da aber ist der wunde Punkt im wirtschaftlichen Leben dieser Arbeiterkollegen. Das zeigte sich auch in Saarabien in den Versammlungen. In Burbach, Wölklingen, Dillingen, Drebach, St. Ingbert, Haldenbach u. fanden sich die treuen Kämpfer unseres Verbandes trotz der unansehnlichen Hitze ein. Wenn auch die Gewerkschaftsarbeit im Saarrevier noch erst geringe Erfolge zeigt, so lebt doch in den Herzen der Mitglieder die Ueberzeugung von der bescheidenen Kraft der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die 5 Jahre Stauarbeit haben diesen Kollegen bewiesen, daß der christliche Metallarbeiterverband ihre erfolgreiche und berufene Organisation ist. Zu den Hüttenarbeitern, die den Anfang zu gewerkschaftlicher Arbeit im Saarrevier machten, gesellen sich jetzt auch die Walzwerkarbeiter. Ebenso gelang es, unter den Kleinrenten, Installateuren, Elektrikern und anderen Berufsfortschritte zu machen. Die Masse der Hüttenarbeiter aber lebt leider noch in großer Ungleichheit. Alle hoffen und wünschen, daß es einmal besser werde, aber die ständige Kraft, welche den Menschen befähigt für die eigenen Interessen Opfer zu bringen, fehlt den meisten Hüttenarbeitern noch. Darum können die Werkleitungen in Burbach und Wölklingen auch mit Hilfe der selben Vereine und unter Anwendung von etlichen Tausend Märker Geld die Hüttenarbeiter von der Organisation fernhalten. Die Rede besahen die Arbeiter selbst in Gestalt von schändlichen Arbeitshältnissen. Und wenn die Werkleitungen nicht verdrängt werden durch eine starke Berufsorganisation, so wird die Achtstundensfrage noch lange auf sich warten lassen.

Die Beweise hierfür liegen bei den Werksarbeitern des Reviers. Unsere Arbeitkollegen von der Höhe haben jahrzehntelange zum Teil unter unmwürdigen Verhältnissen ihr Brot verdienen müssen. Wer die Verhältnisse zu Sägers Zeit berücksichtigt, wird finden, daß sie große Mängelhaftigkeit haben mit den Verhältnissen auf den Hüttenwerken unter Dr. Löffels Regiment. Der alte Bergarbeiterführer Warkel erzählte letzthin in Wölklingen in der großen Versammlung von den vielfach schändlichen Schmierereien, die früher gemacht worden mußten, wenn die Bergarbeiter ein gutes Gehälte haben wollten.

Die Hüttenleute müssen heute den gelben Umarmverein nachlaufen, um lieb Kind zu sein bei den Werkleitungen. „Müssen“ so sagen ist eigentlich zu viel, denn wenn die Tausende sich einig wären, dann gäbe es für sie kein „Müssen“ mehr. Wer seine Arbeit treu und redlich verrichtet, der hat nicht nötig, Gesinnungslamperei zu treiben. Die Werkleitungen haben bis heute den Saarhüttenmann in Wölklingen gehalten und auch in Zukunft wird das so bleiben. So wie die Bergarbeiter erst durch ihre Organisation, den christlichen Gewerkschaftsverein, frei wurden, so werden auch die saarabienischen Hüttenarbeiter sich befreien müssen. Der christliche Metallarbeiterverband allein wird hier helfen können, sowie der Gewerkschaftsverein bei den Bergarbeitern. Fänden die Kollegen nur erst den Mut, die Tat zu vollbringen und Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes zu werden! Bei den Hüttenöfeln ist immer die Hoffnung auf die Hilfe durch Werkvereine gelber Sorte verfliegen. Die Erfahrungen ermutigen auch den Dämmern nicht mehr.

In Burbach mußte Dr. Wagner, der gelbe Hüttenvereinsleiter, gehen. Auch die berühmte Einlaufgenossenschaft dieses Stammes ist in die Brüche gegangen. In Drebach haben die ersten „Gelben“ des gelben Vereins lange die Hoffnung auf Erfolg aufgegeben. Die schlauen Strategen, die 1908 mit Feuerwerkstörpern die Versammlung der christlichen Metallarbeiter störten, sind längst nicht mehr dabei. Wölklingen tut sich nur noch hervor durch Traugottisierung der katholischen Arbeitervereinsmitglieder. Kurzum, die Idee der gelben Vereine ist im Saarrevier im Schwinden begriffen. Die Hüttenarbeiter werden hoffentlich einsehen lernen, daß sie ebenso wie die Bergarbeiter eine starke christliche Berufsorganisation haben müssen, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Wenn heute im Saarrevier mehr als tausend Mitglieder unseres Verbandes einig zusammenstehen, so ist das immerhin ein guter Anfang.

Die Mitglieder unseres Verbandes haben im Laufe der Jahre eifrigstweise auch im Saarrevier an dem Ausbau der Organisation gearbeitet. Für den Saarbezirk wurden letzten 5 Jahren wöchentlich Lokalausschläge eingeführt. Diese geringe Beitragserhöhung steht ja in keinem Verhältnis zu den Beiträgen, die in den übrigen Bezirken unseres Verbandes bezahlt werden. Die meisten Zahlstellen erheben 10, 15 und 20 Fig. wöchentlich. Es ist eine erschreckende Steigerung der Beiträge auch im Interesse der Hüttenarbeiter unbedingt nötig, denn gegenüber dem Großkapital der Hütten- und Walzwerkindustrie kann nur eine Organisation zu Einfluß kommen durch hohe Beiträge und harte Kassen. Leider

sehen viele Arbeitskollegen im Saarrevier diese alte Wahrheit noch nicht ein. Darum ist auch erklärlich, daß einige Mitglieder mit den 5 Pfennigen Zuschlag unzufrieden sind. Diese Kollegen sollten aber bedenken, daß eine Organisation sich im Beitragswesen nicht nach den Wünschen einzelner richten kann. Wenn wir stark sein und vorwärts kommen wollen, muß jedes Mitglied in allen Dingen die durch die Generalversammlung im Interesse aller Mitglieder gefaßten Beschlüsse respektieren. Nur Geschlossenheit im Handeln führt zum Ziel. Besonders bedauerlich ist der Umstand, daß die Mitglieder, welche gegen eine Beitragserhöhung sind, Unterstützung finden bei einigen Kameraden vom Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter. Es sollte den führenden Kollegen im Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter eine Pflicht sein, mitzufassen an der Durchführung erhöhter Beiträge. Wenn eine Organisation an hohen Beiträgen Interesse haben muß, dann sind es die Bergarbeiter. Darum ist auch zu erwarten, daß an den in Betracht kommenden Stellen für Beiträge gesorgt wird. Ein gutes Einvernehmen zwischen den Kollegen von Eisen und Kohle ist die Voraussetzung für gedeihliche Gewerkschaftsarbeit im Saarrevier. Möge die Arbeit der letzten 5 Jahre, die vom christlichen Metallarbeiterverband im Saarrevier geleistet wurde, in der Zukunft Früchte bringen. Wenn eine Berufsgruppe das Recht hat auf Besserung ihrer Lage, dann sind es die Hütten- und Walzwerkarbeiter. Darum sollen unsere Kollegen in Saarabien sich die Schwierigkeit der Arbeit nicht verhehlen lassen. Es wird die Zeit kommen, wo für die Hüttenarbeiter die Achtstundensfrage eingeführt wird, trotz aller schachtmacherischen Proteste. Voraussetzung hierzu ist aber Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation. Darum also stärken wir den christlichen Metallarbeiterverband.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Evangelische Arbeiter und christliche Gewerkschaften.

Auf dem Verbandstag der rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine in Haltingen hat, wie wir schon kurz erwähnten, ein Herr Weder-Mülfeldorf sich mehrere gehässige Äußerungen gegen die christlichen Gewerkschaften erlaubt, allerdings unter festem Widerpruch. Er gebrauchte den Ausdruck „schwarze Schleiher“; ferner sagte er noch den Unsinn hinzu, es seien doch nur „katholische“ Gewerkschaften und die Mehrzahl von ihnen würde „von Kaplänen geleitet“. Nachher ist der Mann zurückgehustet und hat erklärt, er habe niemand beleidigen wollen. Im Bericht des evangelischen „Arbeiterboten“ Nr. 31/1911 wird außerdem noch mitgeteilt, daß der Mülfeldorfer Herr unmißverständlich seine einstige Information zugebe und daß ihm eine Böswilligkeit vollständig fern geliegen. Damit hat Herr Weder sich nur noch mehr bloßgestellt, denn wer so mangelhaft informiert ist, sollte sich vor solchen schweren Äußerungen auf öffentlichen Tagungen hüten; vor allem Ausdrücke des Fanatismus wie „schwarze Schleiher“, die mit mangelhafter Information absolut nicht zu erklären und zu entschuldigen sind, vermeiden.

Zu den Ausführungen des Herrn Weder, die ja schon auf dem Verbandstag allgemeinen Widerpruch fanden, bemerkt nun noch Kollege Behrens in Nr. 32 des „Bergknappen“ u. a. folgendes:

„An sich ist es belanglos, wenn ein bescheidiger Herr aus dem Bürgerium, der die christlichen Gewerkschaften ungenügend und aus schiefen Quellen bar gestellt kennt, gelegentlich darüber Unsinns schwätzt. Denn für die Behauptung, daß die Mehrzahl dieser (christlichen) Gewerkschaften von Kaplänen geleitet wird“, dürfte der Herr Rektor wohl den Beweis schuldig bleiben müssen, weil die Behauptung purer Unsinns ist. Ueber die Beschimpfung Hunderttausender christlich und national gesinnter katholischer und evangelischer Arbeiter als „schwarze Schleiher“ wollen wir mit dem Herrn Rektor nicht rechten, sondern dieselbe nur „nieblicher hängen“. Wir christlichen Gewerkschaftler sind ja an schiefe Auffassungen und falsche Beurteilung unserer Bewegung gewöhnt. Aus dem Grunde der sozialdemokratischen Lügenagitatoren erleben wir sie alle Tage. Warum sollten diese nicht auch in der Bildungsfrage einige Nachbeter finden! Dem Herrn Rektor Weder wird jetzt die Ehre zuteil werden, daß er in die Reihe der Kreuzgenossen, die sich die Lügenagitatoren der Sozialdemokratie in ihren Mappen stets zur Verfügung halten, eingeordnet wird.“

Der Vorgang auf dem Haltinger Verbandstag, so bedauerlich im Interesse des Herrn Rektors Weder er auch ist, ist jedoch nicht geeignet, eine Trübung des Verhältnisses zwischen den evangelischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. Auch ist die Weder'sche Äußerung nicht im geringsten ein Vorgang, der eine Veränderung der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereine, insbesondere des rheinisch-westfälischen Verbandes, zu den christlichen Gewerkschaften andeutet oder zur Folge hat.“

#### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen

ist ein Schmerzkind aller, denen die christliche Gewerkschaftsfrage am Herzen liegt. Trotzdem weder Müssen noch Opfer aller Art gescheut werden, hält die Entwicklung der Mitgliederzahl der weiblichen Gewerkschaftler mit jenen der männlichen bei weitem nicht Schritt. So besanden sich z. B. unter den 4528 Mitgliedern, die unser christlicher Metallarbeiterverband Ende Juli d. J. zählte, nur 819 weibliche Mitglieder. Man lassen sich ja eine Reihe von Gründen aufzählen, die die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen erschweren. Insbesondere ist die Arbeiterin lange nicht in dem Maße mit dem Gewerkschaftsleben verknüpft, wie ihr männlicher Kollege. Auch fehlt ihr dessen Kampfesgeist und die Entschlossenheit der Beiträge gegen ihren Verdienst empfindlicher an. Aber es gibt, wie „Die Arbeiterin“ (Nr. 32, 1911), das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeiterinnen zutreffend ausführt, auch Gründe, die die weiblichen Arbeiter eigentlich viel stärker zur Organisation drängen sollten, wie die männlichen.

„Hier ist zu nennen: der niedrige Lohn der Arbeiterin, die geringen Akkordsätze, mit welchen sie abgeholt wird, die schlechte Behandlung im Betriebe gegenüber der Behandlung der männlichen Arbeiter, der Druck, der auf der Arbeiterin lastet, die größeren Gefahren, welche aus der gewerblichen Arbeit ihrer Gesundheit drohen usw.“

Indessen an den Arbeiterinnen allein liegt es nicht, wenn ihrer Organisationsbewegung der erforderliche Schwingung fehlt. Ein großer Teil der Schuld entfällt auch auf ihre organisierten Männer, Väter und Brüder. Diese

haben zwar selbst aus den Bedürfnissen der Zeit heraus den Weg in die Organisation gefunden; ihr Blick reicht aber nicht weit genug, um zu erkennen, daß all ihr Streben Stückwerk ist, und bleiben muß, solange sie nicht die weltliche Schmutzkonkurrenz wirklich unterbunden haben. Das Mittel ist eben: die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. In dieser Erkenntnis haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften Westfalens auf ihrer Landeskonferenz vom 30. Juli beschloffen:

„Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche an gewerblichen Betrieben oder in der Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen.“

Angesichts solcher Maßnahmen auf gegnerischer Seite sollten unsere Kollegen sich nicht noch erst besonders an ihre Pflicht, auch die Arbeiterinnen aus der Metallindustrie unserem Verbande zuzuführen, mahnen lassen. Neben der natürlich notwendigen Werbetätigkeit im allgemeinen, muß man auch überall eine energische Werbetätigkeit unter den Arbeiterinnen einsehen.

**Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Westfalens,** der den Armen der Armen durch die Selbsthilfe der Berufsorganisation eine Erleichterung ihres Loses verschaffen will, hat besonders große, organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden. Die Mehrzahl der Heimarbeiterinnen haben kaum noch die Kraft, aus sich selbst heraus einen Versuch zur Hebung ihrer Lage zu unternehmen.

Am schwersten hält es, angesichts der erschreckend niedrigen Löhne, sie zu der für jedwede erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit notwendigen Opferwilligkeit zu erziehen. Dem zur christlichen Gewerkschaftsbewegung gehörigen Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen ist diese schwierige Aufgabe in weitgehendem Maße gelungen. Die Mitglieder bezahlen heute Wochenbeiträge von 10 bis 40 Pf., eingebett in der Tatsache, daß ohne Mittel die gewerkschaftliche Arbeit ergebnislos sein muß. Vor einigen Jahren hat der Gewerbeverein seine Beiträge auf den jetzigen Stand erhöht, infolgedessen aber auch eine Stagnation, sogar einen Mitgliederabgang zu verzeichnen gehabt. Doch nunmehr hat er auch diese Hemmung überwunden. Gegenwärtig ist der frühere höchste Stand in der Mitgliederzahl wieder erreicht, sogar noch überschritten. Der Gewerbeverein zählte Ende Juli 6888 Mitglieder, gegenüber 6368 Anfang dieses Jahres. Es geht also wieder rüstig vorwärts mit der christlichen Heimarbeiterinnenbewegung.

**„Christliche Streikbrecherdienste“**

will die sozialdemokratische Presse herauskonstruieren aus dem strikt — treukreuen Verhalten der christlichen Arbeiter in Bochum! Die Sache ist so klar, daß die sozialdemokratische Presse durch ihren Versuch, sie gegen die christliche Arbeiterschaft auszubringen, buchstäblich das polizeiwidrige Maß von Unverschämtheit feststellt, das sie bei ihrer Leserschaft voraussetzen darf. Hier der Sachverhalt:

In Bochum weigert sich eine Anzahl von Arbeitgebern zur Zahlung eines Mehrlohn, wozu diese Arbeitgeber durch den Tarif verpflichtet worden sind. Von Bestimmungen des Reichstarifs im Malerergewerbe gemäß hat in solcher Situation das Ortsarbeitsamt, die von Arbeitern und Arbeitgebern selbst gewählte rechtsprechende Instanz, Mittel und Wege zu bestimmen, um die Stimmigen zur Erfüllung zu veranlassen. Diesen tariflich festgelegten Weg wollten die christlichen Arbeiter unter allen Umständen ungenutzt gelassen wissen. Das liegt ja auch im Interesse des Tarifs selbst, der, wenn man einmal von ihm abzubrechen beginnt, auf die Dauer zu einer Kapitulation werden mußte. Und die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter? Sie ließen Tarif Tarif sein und verhängten mir nichts für nichts die Sperre über die betreffenden Arbeitgeber. Mit dem Resultat, daß alle sozialdemokratisch organisierten Maler ausgesperrt wurden, während die christlichen Maler, die sich an die Bestimmungen des Tarifs gehalten, nicht unter den Ausbrennungsbeschluß fielen. Darum sollen sie jetzt recht Streikbrecher sein!

Die alte Geschichte: Das erste, wonach der hereingefallene Sozialdemokrat greift, das ist der christliche Arbeiter, an dem er seine Wut auslassen darf. — Grundtatsache verdient der Vorfall Beachtung wegen der Reichweite, mit der sich sozialdemokratische Arbeiter über die Tarifbestimmungen hinwegsetzen. Das kommt aber nicht von ungefähr. Das Verhandlungsorgan der sozialdemokratischen Maler hat schon einmal rückfällig den Tarifvertrag als bloße Formalsache hingestellt. Zugleich gab es als Parole aus:

„Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Parteien (Unternehmer und Arbeiter) der Stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Nebergriffe so erzeugter Arbeiter können kaum noch wundernehmen.

Inzwischen hat sich das Arbeitsamt für das Malerergewerbe in Rheinland-Westfalen auf Anrufen des sozialistischen Verbandes in einer außerordentlichen Sitzung mit der Angelegenheit befaßt und wie folgt entschieden: Die Arbeitsniederlegung der „frei“ organisierten Maler sowohl, wie die von dem „freien“ Verband verhängte Sperre stellen grobe Tarifverstoße dar. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Die von den Meistern als Gegenmaßregel verhängte Aussperrung ist ebenso tarifwidrig und sofort zurückzuführen. Die Nachzahlung des Ausgleichsbetrags ist bis spätestens 15. September zu bewirken. — Zu Protokoll wurde erklärt, daß der Zentralverband christlicher Maler, der die Mitwirkung an der Sperre als tarifwidrig absehe, vollständig im Sinne des Tarifvertrages gehandelt habe.

Also ein Lob der christlichen und ein Tadel der sozialistischen Gewerkschaft spricht die berufene Tariffinstanz aus. Damit fallen die von sozialdemokratischer Seite aus diesem Anlaß gegen den christlichen Malerverband erhobenen Vorwürfe vollständig in sich zusammen.

**Handlöhne.**

Ein Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands trat am 7. August 1911 ins Leben. In diesem Tage traten zu Mainz die Vorsitzenden des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, des Verbandes süddeutscher katholischer Ar-

beitervereine und des Deutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine zusammen, um gemäß den auf den Delegierten-tagen gefaßten Beschlüssen einen Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands zu gründen. Derselbe umfaßt 1976 Arbeitervereine mit 289 721 Mitgliedern. Sein Zweck ist die gemeinsame Förderung der katholischen Arbeitervereinebewegung. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Austausch von Anregungen und Erfahrungen, durch gemeinsame Stellungnahme zu wichtigen Fragen der christlichen Sozialreform usw. Dahn gehört auch nachdrückliche Förderung der christlichen Gewerkschaften. Der Kartellverband läßt den angeschlossenen Verbänden völlige Selbständigkeit. An seiner Spitze steht ein Ausschuß, gebildet aus den Vorsitzenden der angeschlossenen Verbände. Zum Ehrenpräsidenten des Kartellverbandes wurde Universitätsprofessor Abg. Dr. Hlze gewählt.

Die Werkpensionskassen sind sehr zweifelhafte Wohlfahrtsanstalten. Diese allen denkbaren Arbeitern nicht unbekannt Tatsache erzählt eine deutsche Zeitschrift durch die neuesten Maßnahmen der Sieg-Reinischen Eisenhütte in Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Troisdorf. Das Werk, welches unlangst mit dem Hoesener-Werk Mannsardt und Co. in Kall verschmolzen wurde, hat allen Pensionären, welche sich bei ihrer fälligen Pension von 6—9 Mark monatlich eine leichte Beschäftigung gesucht hatten, die Pension entzogen. In einem hektographierten Schreiben wurde den betreffenden Inhabern von dem Werk mitgeteilt. Es scheint fast, als wolle man die Pensionäre von den alten, abgearbeiteten Leuten wieder hereinholen.

Aus der Metallindustrie. Die Westdeutschen Eisenwerke erzielten im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 1 064 994 M. (800 824 M. i. V.). Zu Abschreibungen werden 500 000 M. (300 098 M.), zu Stützungen 6000 M. (3000 M.), zu Abschreibungen und für die Talonsteuer 11 000 M. (10 000 M.) veranlagt. Die Dividende wird mit 11 Prozent (gegen 6 Proz. i. V.) für die Stammaktien und 13 Prozent (8 Prozent) für die Vorzugsaktien vorgeschlagen. Auf neue Rechnung sollen 108 135 M. (99 283 M.) bereitgestellt werden. Das Aktienkapital der Gesellschaft soll um 1 Million M. auf 4,5 Millionen M. erhöht werden. — Vom Kaiser Eisen- und Stahlwerk ergab der Abschluß für das Geschäftsjahr 1910/11 einen Nettogewinn von 1 426 095 M. (i. V. 1 168 268 M.) zu verzeichnen. Abgeschrieben werden 241 506 M. (i. V. 200 688 M.). In Dividende sollen 7 Prozent (i. V. 0 Proz.) verteilt werden. Rotationszinsen 40 861 M. — Der Maschinenbau bei Friedrich Thome, M.G. in Trierhof für 1910/11 erzielte einen Betriebsergebnis von 207 541 M. (i. V. 212 448 M.). Nach Abzug der Handlungsunkosten usw. verbleibt ein Nettogewinn von 20 333 M. ein Rohgewinn von 136 757 M. (143 563 M.). Zu folgender Verwendung: Abschreibungen 38 525 M. (45 757 M.), Rücklage 4012 M. (4890 M.), Gemeinnützige und Belohnungen 4019 M. (3593 M.), 6 Proz. (5 Proz.) Dividende = 72 000 M. (60 000 M.) und Vortrag 17 301 M. — Die Firma K. W. Hülsh, Formmaschinenfabrik in Südenscheid, welche seit dem Jahre 1892 besteht und Metallwaren, sowie Strommaschinen für elektrische Licht- und Kraftanlagen herstellt, wurde unter Mitwirkung des Bremer Bankvereins in eine Aktiengesellschaft mit Rückzahlung vom 1. Mai dieses Jahres ab umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt 1 500 000, wozu der Aufsichtsrat 1 406 000 für die eingebrachten Werte erklärt, die übrigen vier Grundr aber 100 000 übernehmen. — Unter der Firma C. Großmann, Eisen- und Stahlwerk-M.G. in Wals (Süd.) wurde mit 1 Mill. Mark Aktienkapital das bisher als offene Handelsgesellschaft unter der Firma C. Großmann von dem Herrn Louis Großmann und Frau Ferns in Wals betriebene Eisen- und Stahlwerk in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Gelbe Hoffnungen und Enttäuschungen. Der Hauptanstoß der nationalen (selben) Arbeitervereine ist kürzlich in Dresden zusammengetreten. Aus der Verhandlung ist bemerkenswert, daß sich die Gelben über die Haltung der konfessionellen Arbeitervereine einen gewissen bittere Redeversuche. Einige Vertreter verlangten, daß der Hauptanstoß sofort den Kampf gegen die konfessionellen Arbeitervereine aufnehmen solle. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Richter wurde jedoch beschlossen, zunächst zu versuchen, eine friedliche Verständigung herbeizuführen. Der entscheidende Verhandlung wurde ermächtigt, zu diesem Zweck mit den Führern der konfessionellen Arbeitervereine in Verbindung zu treten. Damit werden die Gelben nicht viel Glück haben. Die evangelischen Arbeitervereine sind kürzlich in Hannover hörbar von ihnen abgetrennt. Die Stellung der katholischen Arbeitervereine in Süd-, West- und Ostdeutschland zu den Gelben ist ebenfalls durchaus ablehnend. Reicht zu einem Bündnis für die Gelben nur noch ein Berlin. Dieser Koalition stehen wir aber vorläufig noch neidlos gegenüber. Die nächste Vereinbarungen scheint für den Bestand der Gelben gefährlich zu sein, weshalb die interessierten Führer dieser „Arbeiter- und Bauern“ wieder in Aktion treten müssen. Diesmal ist es Herr Dr. Tauscher, der bei den Reichsarbeitern ein gutes Wort für sie einlegte. Hierbei schließt ihm nun die „christliche Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 17. August. Sie gibt einen Passus aus der Rede des Herrn Dr. Tauscher von der Handtische Deutscher Arbeitgeberverbände wieder und meint dazu:

„Sind doch die nationalen Arbeitervereine, die heute noch, nicht ohne Schuld der Öffentlichkeit und der Arbeitgeber, ein ziemlich unbeschäftetes Dasein führen, nach der Ansicht manches unächtigen (?) Sozialpolitikers die einzige Möglichkeit, die sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Arbeitskämpfe zu mildern, dem Terrorismus der freien Gewerkschaften einen Damm entgegenzusetzen und mehr Ruhe in die Industrie zu bringen. Derartig freisch sind die nationalen Arbeitervereine noch nicht stark genug, diese

Mission zu erfüllen, und manches Vorurteil hindert ihre Entwicklung. . . Da nach den neuesten Verhältnissen nur 24,2 Prozent der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten in den freien Gewerkschaften organisiert sind, bleibt der Werbearbeit der nationalen Arbeitervereine ein weites Feld.“

Diese Entwicklung, welche die Gelben natürlich nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Unterstützung der Unternehmer nehmen können, liegt aber noch in weiter Ferne. Geradezu fiktional macht sich in diesem Rahmen eine Notiz, datiert Dresden, 17. Aug., in der vorerwähnten „Köln. Ztg.“ welche sie gleich unter dem eben genannten Artikel bringt. Es heißt dort:

„Die bürgerlichen Kreise halten es vielfach für einen großen, tatsächlichen Fehler, daß der Verband der Metallindustriellen die nationalen Arbeiter genau wie die sozialdemokratisch organisierten in schroffer Form ausgesperrt hat. Die bürgerlichen Parteien befürchten, daß dadurch die Werbearbeit für die nationalen Arbeitervereine in ganz Deutschland ungenutzt erschwert und daß zahlreiche nationale Arbeiter der Sozialdemokratie zugeführt werden. Die nationalen Arbeiter sind durch das Vorgehen des Verbandes der Metallindustriellen geradezu erbittert und betrachten den Kampf als gegen ihr Vereinsrecht überhaupt gerichtet. Das bisherige gute Verhältnis zwischen den nationalen Arbeitern und Unternehmern in Sachsen ist zertrümmert, das Vertrauen der nationalen Arbeiter zu den Unternehmern schwer erschüttert worden. Viele Unternehmer beruhten übrigens die Taktik des Verbandes der Metallindustriellen.“

Die armen Gelben haben wieder einmal erfahren müssen, daß mit der Liebeshererei auch nichts zu erreichen ist. Zwischen Sipp' und Ketzestrand . . .

Die sozialdemokratische „Schmiedezeitung“ ist auf dem Kriegspfade gegen die „Christen“. Sie verwendet aus der Dortmund Arbeiterzeitung vom 15. Juli 1911 einen Artikel „Moralische Abgründe in der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ betitelt, als „Original“-Kanonenfutter gegen die Christlichen. Sie entwirft sich über die christlichen Gewerkschaften, weil Aug. Brust und unser Bergarbeiterverband Frieden miteinander geschlossen haben. Zum Schluß meint die „Schmiedezeitung“ pathetisch:

„Maß kommen, was will, wir werden nicht Hilfe halten. Am allermeisten Leuten gegenüber, die Moralanschauungen in den Vordergrund der Gewerkschaftsbewegung stellen, die die christliche Gewerkschaftsbewegung in den Sumpf führen muß.“

Die sozialdemokratische „Schmiedezeitung“ mag sich über die Moralanschauungen der Christlichen beruhigen und zunächst vor der eigenen Tür stehen. In ihrer Nummer 46/1910 Heft 12 wird durch ihre Erklärung gegen den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einen unüberhörlichen Beitrag zur sozialdemokratischen Moral. All ihr Straußen und Protestieren half nichts, der sozialdemokratische Arbeiter Metallarbeiter nahm die in seinem Jahrbuch für 1909 Seite 43 ausgesprochene Behauptung: „der Schmiedeverband nehme ohne weiteres Leute auf, die wegen Betrug und Unterschlagung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen worden seien, nicht etwa aus Unkenntnis, sondern mit vollem Bewußtsein“, nicht zurück. Wie gesagt, hat auch der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes trotz der Aufforderung des Schmiedeverbandes keine Veranlassung genommen, die ungeschwehliche Behauptung zurückzunehmen. Abgesehen von der erwähnten Erklärung, worin er gegen den Vorwurf Verwahrung einlegt, hat sich der Schmiedeverband dabei beruhigt. Es ist uns nicht leicht geworden, an diese Dinge zu erinnern. Wenn die „Schmiedezeitung“ aber uneingeschränkt die niedrigen Sekartikel des Dortmunder Metallarbeiters übernimmt, ta sich zu eigen macht, muß sie sich gefallen lassen, nach dem Grundsatz behandelt zu werden: „Auf einen Schelmen anberthalten.“

Ein Geheimrat des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Parteipresse ist augenblicklich Gegenstand lebhafter Besprechung in der Öffentlichkeit. Wegen der Haltung der sozialdemokratischen Parteipresse zum Berliner Maschinenarbeiterkampf wollte die Generalkommission der freien Gewerkschaften eine Erklärung veröffentlichen, legte sie aber zunächst dem sozialdemokratischen Parteivorstande vor. Dieser veranlaßte jedoch die Nichtveröffentlichung. Er wollte jedenfalls mit Rücksicht auf die Forderungen des beherrschenden Parteitag fernhalten. Die Generalkommission hätte sich dem Willen der Parteipresse, die verbrochen, daß durch ein vertrauliches Merkmal der Parteipresse die Ohren zurecht gerückt werden sollten. Der bekannte günstige Wind, welcher den Sozialdemokraten sonst ja alles nützt, hat diesmal das Geheimrat der bürgerlichen Ritterer Morgenzeitung zugewandt. Zu dem Geheimrat heißt es u. a.:

„Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angezogenen Parteipresse für durchaus berechtigt halten. Eine solche Kampfweise widerspricht nicht nur den Grundfahnen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem Renner Parteitagbeschlusse über die Parteipresse, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönliche verletzende Art der Diskussion Einspruch erhob.“

In der ebenfalls bekannt gewordenen Erklärung der Generalkommission werden Beispiele angeführt, wonach u. a. die Eisenarbeiter freie Presse von „Tariffanatzen“ und „Schindluderspiel“ sprach, das die „Buchdruckerverbände-Oberbayerischer“ inrach, das die „Buchdruckerverbände-Oberbayerischer“ mit den Arbeiterintereffen getrieben“ hätten: das Solinger Parteiblatt gebrandete dem Buchdruckerverbände gegenüber Anschuldigungen, wie „unerschütterlicher Bureaokratensoluzismus“, „Bünder Feindschaft mit dem toten Buchstaben“, „Schuppe einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmers fühlt“; die Eisener Arb.-Ztg. meinte, der Vertragstreue würde „ihre natürlichen Widerstände in der Veranschaulichung, wo die kollegialen Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Dazu bemerkt die Generalkommission in ihrer Erklärung: „Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschiedenen Protest. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verschärfung der inneren einzelnen Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Wenn Parteipresse in einer solchen Situation (vor Erneuerung der Tarifrevision) innere Zwistigkeiten scharf, so kann das nur die Position der Arbeiter bei den Tarifverhandlungen schwächen. Die

Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Beschluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Abstand nehmen, in der Folge auf solche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Urteilen entsprechen dürfte.

Unserem Leserkreis bringen die Geheimzirkulare nichts neues. Wir kennen seit Jahren die karikaturhafte Stellung der roten Parteipresse. Und wie die roten Freiheits- und Arbeiterzeitungen mit Keulen aufeinander losgehen, dürfte kommen wir im Laufe der Zeit auch manches lehrreiche Beispiel zeigen. Interessant ist jetzt die Haltung der roten Parteipresse. Der „Vorwärts“ will selbst von der Erklärung nicht getroffen sein, er nimmt aber die radikalen Brüdernorgane in Schutz, indem er von „überreizter Empfindlichkeit der Generalkommission“ und „allzu große Entgegenkommen des Parteivorstandes“ spricht.

Die sozialdemokratischen Zeitungen in Essen, Solingen, Elberfeld, Krefeld, Remscheid, Vidscheid und Düsseldorf veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, worin es heißt, daß die Redaktionen dieser Blätter entschieden Verwahrung gegen die Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften und gegen das Zirkular des Parteivorstandes, die sich mit der Haltung der Parteipresse zum Konflikt im Berliner Buchbindergewerbe befaßten, einlegen. Die „Arbeiterzeitung“ in Köln ging bisher ängstlich um die ganze Sache herum, und orakelt jetzt von einem gestohlenen Zirkular, welches aus der verfallenen Redaktion des sozialdemokratischen Blattes in Rittau verschwand sei. Ueber die Täterschaft seien Ermittlungen im Gange.

Diese Rederei steht nun gerade der „Rhein. Ztg.“ nicht wohl zu Gesicht. Wo die rote Presse nur immer etwas nicht an ihre Adresse gerichteter ergattern konnte, da wurde es ohne Gewissensbisse um die Herkunft veröffentlicht — wenn es ihr nur in den Kram paßte oder es sich, wenn auch mit Gewaltanwendung, in ihrem Sinne „pressen“ ließ. Dreck aber einmal ein bürgerliches Blatt den Spieß um, dann schreit man Liebe und Mitleid. Echt sozialdemokratisch! Im übrigen könnte der Inhalt des roten „Geheimzirkulars“ das schönste Material zu einem Jungbrunnen in Jena abgeben. Da, hoffentlich, versichert man sich rechtzeitig der Mitwirkung der „geschickten Regisseure“ vom Dresdener Gewerkschafts-Kongress — als Kulissenschieber.

**Französische und deutsche Arbeiterverhältnisse sind zurzeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Tagespresse.**

Der Garten war überfüllt — von einem sehr elegant angezogenen Publikum. Schroff, faubere weiße Kragen, moderne Kravatte, oft mit einer Perle geschmückt — so präsentierten sich die deutschen Gewerkschaftler, und ihre Frauen waren: tiptop gekleidet. Weiße seidene Blusen, große Hüte mit Netzen oder auch mit Meuschen täuschten mich vollständig darüber hinweg, daß ich mich unter Arbeitern befand. Nur einzelne Gruppen erinnerten mich daran — und das waren die Franzosen. Kleine Gestalten, denen man stellenweise die Entbehrung aus den Augen lesen konnte, bildeten die Mehrzahl, fast alle ohne Ausnahme ohne Kragen; das Hemd durchgeschwitzt; die Bartschoppen geben den gelben Gesichtern etwas Wildes. Etliche Franzosen hatten ganz billige Manchester-Sammet-Weinkleider an; alle waren in der Nähe erschienen. Der Unterschied zwischen deutschen und französischen Arbeitern sprang zu stark in die Augen: bei jenen Wohlhabenheit, Gesundheit — und auch Bildung, bei diesen Armut, Krankheit und selber oft kraffierte Unbildung. Von den Franzosen verstand nur einer etliche Brocken Deutsch, von den deutschen Gewerkschaftlern waren viele des Französischen mächtig. Der Unterschied hier im Gewerkschaftswesen konnte mich nur in der Ueberzeugung befestigen, daß deutsche Arbeiter es viel besser haben, als die Französischen.

Wir sind weit von der Annahme entfernt, daß alle deutschen Arbeiter sich in gleichen Verhältnissen befinden, dafür sind wir mit den Dingen zu vertraut. Diese bürgerliche Sitte, welche das sozialdemokratische Geschrei von der fortschreitenden Vereinerung der Massen so häufig illustriert, erfährt eine Ergänzung, die um so wirksamer ist, weil sie von Sozialdemokraten kommt. In dem französischen Sozialistenblatt „Guerre Sociale“ wird die Weise der französischen Gewerkschaftsvertreter nach Berlin besprochen. Darin ist u. a. zu lesen:

„Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Kassen? Was sollen unsere elenden Käseblätter gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Millionenauflagen bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Schreibern, in denen sich die Würde unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Volkshäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen.“

Das klingt anders wie die allgemein bekannte sozialdemokratische Reier. Eine Arbeiterklasse, die sich in der geschickten Lage befindet, und sich solche kostspielige Dinge schafft, ist nicht am verelenden, sondern sie befindet sich im Aufstieg. Die verallgemeinernden sozialdemokratischen Schlagworte sind daher nichts anderes als eine durchaus unehrliche Volksverhetzung.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Die Lohnbewegung im Augsburger Schlossergewerbe.**

Eine auf den 27. Mai von unserem Verbands einberufenen öffentliche Kunst- und Bauhofslosterversammlung befaßte sich eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in diesem Gewerbe. Es wurde hier festgestellt, daß frisch angelernte Gesellen mit 7, 10, 15 bis 20 Pfg. Stundenlohn bezahlt wurden; mit 26 Jahren erhielten die Gesellen durchschnittlich einen Lohn von 36 Pfg. pro Stunde. Doch solche Löhne heute nicht mehr genügen, zumal in der Großstadt, war allen Anwesenden klar. Eine Resolution, in welcher unser Verband beauftragt wurde, die notwendigen Schritte zu einer zeitgemäßen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unternehmen, fand einstimmige Annahme. Wir traten daraufhin mit den übrigen in Frage kommenden Organisationen zwecks gemeinschaftlicher Aufforderung eines Tarifentwurfs in Verbindung. Dieser Entwurf fand mit einigen Veränderungen die Zustimmung der allgemeinen Schlosser-Versammlung vom 28. Juni und wurde darauf an 65 Schlossermeister Augsburgs und der Umgebung abgehandelt. Wer aber keine Antwort gab, das waren die Herren Schlossermeister. Am 10. Juli sprachen deshalb die Delegierten unserer und des sozialdemokrati-

schen Metallarbeiterverbandes beim Herrn Obermeister Weiß vor, um Auskunft über den Grund des Schweigens zu erhalten. Eine beschließende Auskunft erhielten unsere Vertreter nicht und die Lohnkommission rief deshalb das Gewerbegericht als Einigungsamt an. Am 13. Juli sollten die Verhandlungen stattfinden. 4 Meister hatten sich eingefunden, erklärten aber, mit den Organisationen nicht verhandeln zu dürfen. Vergeblich bemühte sich der Vorsitzende, die Meister von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes zu überzeugen.

Am 14. Juli beschloßen daher die Gesellen, bei den 11 Kommissionsmitgliedern der Meister die Arbeit am 15. Juli nicht wieder aufzunehmen, was auch geschah. Es nun die bestreikten Meister dringende Arbeiten zur Inbetriebung in die anderen Betriebe schickten, beschloßen die Arbeiter am 18. Juli, bei sämtlichen Meistern die Arbeit niederzulegen.

Nochmal wurden Verhandlungen vor dem Gewerbegericht angebahnt; die Herren Meister lehnten sie stets ab. Wohl, so sagten sie, wollten sie den Arbeitern die Forderungen bewilligen — aber mit den Organisationen solle kein Abkommen getroffen werden. Die Gesellen aber bestanden darauf, denn sie wußten noch, wie die Meister mit unorganisierten Gesellen verfahren. Da die Gesellen an ihrem begründeten Standpunkt festhielten, änderte sich auch nach und nach die Stimmung im Arbeitgeberlager, schließlich beschloßen die Meister mit 40 gegen nur noch 16 Stimmen, in Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter einzutreten. Einige Scharfmacher aber tusten die Ausführung dieses Beschlusses wieder zu hinterziehen und bestimmten von oben herab eine Arbeiterkommission, darunter 4 Arbeitswillige, zu Verhandlungen. Die Vertreter der Organisationen sollten quäbig als Berater zugelassen werden. Damit waren die Kollegen selbstredend nicht einverstanden.

Da durch die Machinationen der Scharfmacher die Sache nur unvollständig in die Länge gezogen wurde, rief einigen Meistern die Geduld und sie bewilligten den von den Arbeitern geforderten Tarif ohne weiteres. Die Meister versuchten nun mit dem Gesellenaußschuß, bergend. Darauf wollte man mit dem „Ausshuern“ der Gesellen versuchen — aber alles half nicht, sie gaben nicht nach. Ein Teil der alten, eingearbeiteten Leute waren schon abgereist, andere rüsteten sich ein gleiches zu tun.

Da sahen die Meister ein, daß sie die billigen Forderungen der Arbeiter bewilligen mußten. Aber noch konnte man sich auf jener Seite dazu nicht entschließen; den Organisationen ging am 1. August ein Vertragsentwurf der Meister zu, der wirklich nicht ernst aufgenommen werden konnte. Dem Gewerbegericht wurde von dem Eingang dieses Entwurfs Mitteilung gemacht, worauf dieses für den 3. August neue Einigungsverhandlungen ansetzte. Diese Verhandlungen führten unter dem Voritze des Herrn Reichstrates Hauber nach vierstündiger Dauer zu einem guten Resultat für die Gesellen.

Die Arbeitszeit soll wöchentlich 56 Stunden betragen, Samstag ist um 4,15 Uhr Feierabend. Der Stundenlohn beträgt im ersten Jahre nach beendigter Lehrzeit 25—35 Pfg., im zweiten 36 Pfg., im dritten 38—42 Pfg., im vierten 43 bis 46 Pfg., im fünften 47—50 Pfg. und über 25 Jahre alte Gesellen erhalten 52—56 Pfg. Mit Inkrafttreten des Tarifes tritt für alle Gesellen eine Lohnzulage von 1 Pfg. pro Stunde ein, soweit sie diese Zulage nicht bereits schon am 1. April erhalten haben. Für Überstunden und Nacht- und Sonntagarbeit wird ein Zuschlag von 20 resp. 40 Prozent gewährt. Für Arbeiten auf Bauten innerhalb des Vorortbereichs wird neben dem Jahrgeld ein Lohnzuschlag von 30 Prozent gewährt; muß außerdem übernachtet werden, so ist ein Zuschlag von 45 Prozent zu bezahlen. Bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden.

Das sind in Kürze die wichtigsten Punkte des neuen Vertrages, die für die Arbeiter einen ansehnlichen Erfolg bedeuten und die Grundlage, auf der sie später weiter bauen können. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1913; auf diesem Termin bestanden die Meister und waren durch nichts davon abzubringen. Es scheint also, als ob sie von dem Tage eine rasige Umwandlung erwarteten. Ebenso bestanden die Meister darauf, daß der Vertrag nicht Vertrags, sondern „Vereinbarung“ getauft werden solle; auch sollten die Organisationen wohl die Gewähr für die Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen der „Vereinbarung“ übernehmen, sie aber um alles in der Welt nicht als Organisation unterzeichnen. Daß an diesen Scharfmachern die Verhandlungen nicht scheiterten, ist vor allem der geschickten Leitung des Herrn Vorsitzenden zu verdanken.

Es liegt nun an den Schlossergezellen selbst, das Erreichte zu erhalten und energisch für die Durchführung der Zugewinnnisse einzutreten. Das können sie erreichen, vor allem durch weiteren Ausbau und weitere Förderung ihrer Berufsorganisation. Einig und geschlossen in unserer Organisation, können wir den kommenden Dingen, auch dem von den Meistern ersehnten 31. März 1913 ruhig entgegensehen. Für diesen Termin rufen wir uns an, besten, durch eifrige Vorbereitung für den christlichen Metallarbeiterverband.

**Zur Lohnbewegung auf den Schichtarbeitern in Elbing.**

Die Antwort der Firma Schichau in Elbing auf die von 4000 Arbeitern am Donnerstag den 10. August einstimmig beschlossenen und am Freitag den 11. August vormittags durch 4 Mitglieder des Krankenkassenvorstandes überreichten Forderungen ist am Donnerstag, den 16. August gegeben worden. Am Donnerstag, vormittags 9 Uhr, wurden die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen brieflich zu der in dem Begleit Schreiben der Forderungen nachgesuchten Verhandlung eingeladen. Die Verhandlung war festgesetzt auf 10 Uhr. Seitens der Firma waren anwesend, Herr Geheimrat Ziese, der Besitzer der Werke in Elbing, Danzig und Pillau, die drei Direktoren der Elbinger Werke und zwei Werkmeister.

Bei der Einreichung der Forderungen in Danzig wurde jeder Versuch, eine Unterredung herbeizuführen, in denkbar schärfster Weise von dem Vertreter der Firma Schichau abgelehnt. In derselben schroffen Weise wurde der Vorstand der Betriebskrankenkasse als Vertretung der Arbeiterklasse abgewiesen. Die Berufung des Vorstandes darauf, er sei mit der Uebertragung der Forderungen von der Arbeiterklasse beauftragt wurde als unwahr bezeichnet. Die Forderungen selbst wurden noch am selben Tage dem Ernterzeichner zurückgegeben.

In Elbing war das Verhalten derselben Firma ein anderes. Im Gegensatz zu Danzig erkannte Herr Ziese den Vorstand der Betriebskrankenkasse als die beauftragte Vertretung der Arbeiterklasse an. Das Verhalten gegenüber dem Vorstande war in der Form ein freundliches. Da diese Verhandlung auf den nunmehr 20. August dauernden Kampf in Danzig zurückzuführen ist und da die Firma in Danzig in Zukunft wieder in

derselben schroffen Weise vorgehen wird, wollen wir nicht weiter untersuchen. Wir stellen lediglich die Tatsachen fest und warten in Ruhe ab, was die Zukunft bringt. Die Bewilligung der gestellten Forderungen wurde jedoch auch in Elbing abgelehnt. Es wurde gesagt, bei dem gegenwärtig vorhandenen Mangel an Aufträgen sei es nicht möglich, auch nur die geringste Lohnerhöhung einzutreten zu lassen. Für den Fall, daß sich die Geschäftslage der Werke bessere, versprach Herr Ziese eine Lohnaufbesserung. Wenn die Firma heute von einem „Mangel an Aufträgen“, „schlechten Geschäftsgang“ etc. spricht, so berührt das doch eigentlich: Was bei der Unterredung auf dem Rathause in Danzig ein Mitglied der Kommission an den Vertreter der Firma die Frage richtete: „Wo den Danziger Arbeitern verweigern sie jede Lohnaufbesserung, während Sie in Elbing mehreren Abteilungen zugelegt haben“, gab der Vertreter der Firma als Antwort: „Ja, in Elbing haben wir Flotten Geschäftsgang, da geht die Arbeit hoch.“ Heute, wo die Arbeiter in Elbing Lohnforderungen gestellt, da ist „Mangel an Aufträgen“. Das war aber schon immer so bei Schichau. Jedemal, wenn Arbeiter um eine Aufbesserung des Lohnes vorbrachten, hieß es die Geschäftslage ist zu schlecht. Die im Bau befindlichen Schiffe Maschinen werden ohne Bestellung angefertigt, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Das sagte man auch dann, wenn in allen Abteilungen Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit in Fülle geleistet wurden. Die ältesten Arbeiter in Elbing jemals „auf Bestellung“ gearbeitet wurde. Immer und alle auf Lager, d. h. nach Angaben der Firma. Man denke hierauf an Kriegsschiffe etc. „auf Lager“. Ebenso kann sich in Elbing kein Mensch befinden, daß die Firma jemals mit Gewinn gearbeitet hat. Im Gegenteil. Bei allen Arbeiten hat sie zugelegt. Das Werk besteht seit 75 Jahren. Der Begründer, H. Schichau, war ein Schlossermeister, der jahrelang mit einem Gesellen gearbeitet hatte. Heute beschäftigt die Firma in Elbing, Danzig und Pillau an 9000 Arbeiter und gehört zu den kapitalträchtigsten Unternehmen Deutschlands. Wenn eine Schiffs- werft in der Lage ist, eine Lohnerhöhung zu bewilligen, dann ist es die Firma Schichau. Dies zur Lohnforderung.

Die Lohnzahlung am Freitag will Herr Ziese bewilligen, aber nur dann, wenn der Magistrat die Schließung der Schnapskneipen für den Freitag auf 4 Uhr versetzt. Darüber kann also noch geredet werden.

Die Forderung, bei Uebernahme von Affordarbeit Affordpöttel auszufüllen, wurde abgelehnt, weil dies durch die Fabrikordnung geregelt sei. Die Festsetzung der Affordpreise bei vielen Arbeiten bei Uebernahme soll nicht möglich sein. Es ist doch möglich. Setzt sich bei Uebernahme der Arbeit der Preis nicht genau, bestimmen, so kann doch ein Ausschlag zum Lohn garantiert werden. Was übrigens in anderen gleichartigen Werksbetrieben möglich ist, und sich als zweckmäßig erwiesen hat, kann doch bei Schichau nicht unmöglich sein. Ein Arbeiterauschlag sei überflüssig. Die diesem zugedachten Funktionen könnten vom Krankenkassenvorstand ebenso zweckmäßig ausgeführt werden.

So sind denn in Wirklichkeit sämtliche Forderungen mit Ausnahme der Lohnzahlung glatt abgelehnt. Die Arbeiterklasse hätte nun eigentlich zu weiteren Mitteln greifen müssen. Da aber Herr Geheimrat Ziese dem Krankenkassenvorstand erklärte, es sei ihm ganz besonders darum zu tun, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen, beauftragte eine Versammlung am Freitag den 8. d. M. den Vorstand, nochmals in eine Unterredung mit der Firma zu treten. Die Versammlung, welche von der gesamten Arbeiterklasse der Schichauwerke in Elbing besucht war, nahm einstimmig folgende Entschlieung an:

„Die am Freitag, den 18. August, im Vereinsgarten tagende, von der gesamten Arbeiterklasse der Schichauwerke in Elbing besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Unterredung, welche zwischen dem Herrn Geheimrat Ziese als Besitzer der Schichauwerke, und dem Krankenkassenvorstand als Vertretung der Arbeiterklasse am Donnerstag, den 17. August, stattgefunden hat.

Die Arbeiterklasse steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die von ihr am Donnerstag, den 10. August einstimmig beschlossenen Forderungen, ohne erwähnenswerte Schwierigkeiten für den Betrieb, die Rentabilität, den Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Werke durchgeführt werden können.

Die von Herrn Geheimrat Ziese in der Unterredung gemachten Einwendungen gegen die Forderungen, vermögen wir als maßgebend nicht anzuerkennen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Firma bei einigem guten Willen sehr wohl in der Lage ist, die in jeder Hinsicht durchaus befriedigenden Forderungen zu bewilligen.

Da Herr Geheimrat Ziese als Besitzer der Werke in der Unterredung mit dem Krankenkassenvorstand, der Vertretung der Arbeiterklasse erklärte, es sei ihm ganz besonders darum zu tun, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen, beauftragen wir hiermit den Krankenkassenvorstand; nochmals in eine neue Unterredung über die gestellten Forderungen einzutreten.

Von dem Ergebnis dieser Unterredung wird es abhängig sein, welche weiteren Maßnahmen getroffen werden.“ Diese Entschlieung verbleibt nachstehendem Begleit Schreiben durch am Sonnabend, den 19. August, vormittags der Firma durch den Kassenvorstand unterbreitet:

An die Zill. Firma F. Schichau in Elbing. Die ergebnis Unterzeichneten gestatten sich hiermit, beifolgende Firma nachstehende Entschlieung ihrer Arbeiterklasse zu unterbreiten mit dem höchsten Ersuchen, eine nochmalige Unterredung am Sonnabend, spätestens am Montag, zu veranstalten. Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Betriebskrankenkasse. Wir wollen dem Ergebnis der nochmals nachgesuchten Unterredung nicht vorgehen. Die Arbeiterklasse in Elbing darf sich, weil sie tatsächliche, den Arbeitsverhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen, über die eine Tatsache nicht hinwegtäuschen, nämlich, daß solche Verbesserungen nur zu erreichen und von Dauer sind, wenn sie bereit und fähig ist, sie sich mit Opfern, vielleicht mit sehr großen Opfern, zu erkämpfen. Wollen die Elbinger Arbeiter also Verbesserungen, dann müssen sie den Weg des gewerkschaftlichen Kampfes gehen. Nur durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und durch Opferfreudigkeit und Begeisterung für die große Sache kann eine Verbesserung, wie sie seit nunmehr 75 Jahren besteht, errungen werden. Die christlichen Gewerkschaften und namentlich der christliche Metallarbeiterverband sind in Elbing in letzter Zeit bedeutend erstarkt. Jetzt gibt es auch, den letzten christlich und national gesinnten Arbeiter in Elbing zu gemessen.

Elbing. Die vom Krankenkassenvorstand nachgesuchte noch malige Unterbrechung ist von der Firma auf Montag, den 21. August, vormittags 10 Uhr, festgesetzt worden. Bei der Freilegung dieser Nummer des Organs war das Ergebnis noch nicht bekannt.

Düsseldorf. Wiederum haben in voriger Woche einige Werke trotz des ablehnenden Beschlusses des Arbeitgeberverbandes die Forderungen der Arbeiter bewilligt. So wurde bei der Firma Schwarz, Eisengießerei und Emailierwerk mit einer Arbeiterkommission vorgegangen. Die Bewilligung der 57stündigen Arbeitszeit, Lohnausgleich von 5 Prozent für alle Lohnarbeiter, 25 Prozent für Ueberstunden in der Schlosserei und im Emailierwerk wurde erreicht. Dem Zuschlag wird für die Gießerei bezahlet; hier wurden bislang noch nie Ueberstunden gefordert, jedoch freiwillig von Arbeitern solche gemacht. Das wird jetzt wohl aufhören. Die schon monatelang über diese Firma verhängte Sperre, wurde jetzt von den bestellten Arbeiterorganisationen aufgehoben. Gleichfalls erledigt sind die Differenzen bei der Firma Schwilke-Mörsenbroich. Hier war die 9/12stündige Arbeitszeit vorhanden, nur wurde für Ueberarbeit kein Zuschlag bezahlt. Die Firma weigerte sich hartnäckig, dies zu tun. In den letzten Tagen, vor Ablauf der Kündigungsfrist, wurde eine Einigung erzielt. Die Firma bezahlt bis auf Wiedererwerb jede über 57 Stunden pro Woche geleistete, von ihr geforderte Arbeitsstunde mit 25 Prozent Zuschlag. Außerdem wird für die Ueberarbeit die Lohnberechnung von 9/12 Stunden pro Tag zu Grunde gelegt. Für freiwillig geleistete Ueberarbeit wird die Firma jedoch nichts bezahlen. Die Arbeiterschaft, erst seit kurzem organisiert, wird diesen Erfolg zu schätzen wissen und niemals mehr freiwillig Ueberarbeit leisten für die es keinen Zuschlag gibt. Bleibt sie im christlichen Metallarbeiterverband organisiert, so dürften auch die anderen Missetände im Betriebe beseitigt werden und das Verhalten des Meisters Jugenhausen sich bald bessern. Das einseitige Abziehen der von anderer Seite festgesetzten Abschlagspreise hat aufzuhören, da der Verdienst der Former Schmelzer und Gusspufer wahrlich kein allzu hoher ist und weit hinter anderen Gewerke zurück bleibt.

Im Streit stehen die Arbeiter der Firmen: De Fries A.G., Schieß A.G., Rosenhausen A.G., Haberlang und Ringen, Schenk, Liebe-Hartort, Sorffsen und Braun und Bloem. Von besonderem Interesse dürfte sein, daß die Firma De Fries schon durch den dritten Transportstreikbrecher ihr Glück versuchen wollte. Es will ihr jedoch immer noch nicht gelingen, brauchbare Elemente unter denselben zu entdecken. Wenn Maurer an Horizontalebände gestellt werden, kann eben für die erste Zeit nur Bruch herauskommen. Man erkennt an, daß diese Leute sehr teuer arbeiten und nichts fertig stellen. Der Betriebsführer erklärte in einer Streikversammlung: „Die Firma würde niemals, falls die Differenzen beigelegt würden, ihren Arbeitern zumuten, mit diesen Leuten zusammenzuarbeiten.“ Gleichfalls hat sich die Firma Rosenhausen einen Transportstreikbrecher küssen lassen. Glück wird sie ebenfalls nicht mit diesen Meschinslern haben. Jeder anständige Arbeiter wird sich weigern, mit diesen Leuten zusammen zu arbeiten. Am niedrigstzulassen muß das Verhalten der Firma Schenk, Liebe-Hartort bezeichnet werden. Vor der Arbeitsniederlegung wollte Herr Schenk nichts bewilligen, lehnte jede Verhandlung ab. Jetzt, wo alle Kollegen den Betrieb verlassen haben, würden ihnen wohl ihre Papiere, jedoch keine Entlassung auf eigenen Wunsch und kein Geld ausgezahlt. Geld soll es erst am Freitag geben, trotzdem die Arbeiterschaft eine 14tägige Kündigungszeit ordnungsmäßig erledigt hat.

Der Arbeitgeberverband scheint zu erkennen, daß er einen recht unüberlegten Schritt gefaßt hat. Wie soll wohl eine Einigung zustande kommen, wenn nach dem 29. Juli jede weitere Forderung der Arbeiter abgelehnt und dort, wo es zur Arbeitseinstellung kommt, das Bewilligte zurückgezogen wird. Hierbei wird höchstens einer Reihe von Direktoren die Geduld ausgehen. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie jetzt durchhalten muß, da die Firmen, bei denen der Kampf ausgebrochen ist, die minimalen Forderungen genau so gut bewilligen können, wie die 36 Werke mit über 4000 Arbeiter die zu den neuen Bedingungen arbeiten. Im übrigen haben die Arbeitgeber von Stuttgart und Oberfeld-Warmen die Düsseldorf-Forderungen als sehr anständige bezichtigt, die man sofort bewilligen könne. Arbeiten wir also geschlossen weiter, das Recht ist auf unserer Seite.

Sagen i. W. Die Magnetschiffabrik Remy, Sagen-Gleichen gehörte bis vor Jahresfrist noch zu jenen Firmen, wo in etwa erträgliche Zustände herrschten. Doch wie sich die Zeiten ändern, haben sich inzwischen auch die Verhältnisse bei der Firma Remy geändert, und zwar zu Ungunsten der Arbeiter. Besonders gilt dieses für die Abteilung „mechanische Werkstatt“. Kamte man sonst nur selten Abschlagsreduzierungen, so sind diese heute fast zur Regel geworden. Als zu Anfang Mai den Schleifern ein größerer Abzug angekündigt wurde, kam es zu ernstlichen Differenzen, die zur Einreichung der Kündigung seitens sämtlicher Kollegen der mechanischen Werkstatt führten. Schon damals bekam die Firma einen nicht gelinden Schreck, denn auf ein solch einmütiges Vorgehen der Arbeiter hatte man nicht gerechnet. Die Forderungen der Arbeiter wurden daher akzeptiert. Die Arbeiter glaubten nun Ruhe zu haben. Aber Herr Betriebsführer Breitprecher und Meister Kälb haben aneinander für ein gutes Einvernehmen wenig Verständnis. Schlämmerungen waren auch seit dieser Zeit an der Tagesordnung. Der Kollege R. verlangte z. B. am Tage vor Fronleichnam Urlaub, wurde aber schlaunweg abgewiesen. Nach Meinung des Herrn Breitprecher braucht ein „junger Mann“ höchstens einmal des Jahres zur Kirche“. Der Kollege bekam am Feiertage in Wilkassen, da der Sperrwagen nicht fuhr. Aus diesem Grunde ging R. gegen 2 Uhr mittags nach Haus und kam der weiten Entfernung halber nicht wieder. Betriebsleiter Breitprecher war nicht anwesend, jedoch der Kollege keine Entschuldigung am selben Tage einbringen konnte. Trotzdem erfolgte die Verhängung einer Strafe von 3 Mark. Die Besperrung des R. wurde von Herrn Breitprecher beantwortet: „Ich kann bestrafen wen und

wie ich will. Herr Kälb versucht den Betriebsleiter noch zu übertreffen. So ließ sich denn Kälb herbei und verholzte einen alten Arbeiter, der 25 Jahre im Betriebe ist, weil er nicht direkt „gehörchte!“ Der Arbeiterausschuß hat es selbstredend für seine Pflicht gehalten, gegen derartige Vorkommnisse zu protestieren. Der Kollege R. zog sich dadurch den Haß der obengenannten Herren besonders zu. War doch unter anderem verlangt — mit Recht — daß die Krankenkasse nicht paßbar gemacht werden dürfe, wenn Meister die Arbeiter derart verprügeln, daß ärztliche Behandlung notwendig sei.

Um einen dieser Kritiker zu entfernen, bot sich am 2. d. M. ein wohlwollender Anlaß. Nach 4stündiger Arbeit bei fengender Hitze war B. so frei und machte eine Pause. Herr Kälb überraschte ihn während dieser Zeit im Gespräch mit einem anderen Arbeiter und die Folge war, daß B. entlassen wurde. Wie Kälb in einer Versammlung behauptete, weil B. ihn schmer beleidigt und falsche Akfordleistungen angegeben hätte. In zwei gut besuchten Versammlungen nahm die Kollegenschaft der Firma Remy Stellung zu den Maßnahmen der Betriebsleitung und beauftragte den Ausschuß, die Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen zu beantragen. Diese wurde indes abgelehnt, weshalb beschlossen wurde, die Kündigung einzureichen. Hoffentlich wird die Firma Remy früh genug einsehen, daß auch die Arbeiter Gerechtigkeit verlangen können. Will man nicht freiwillig die Arbeiter als gleichwertige Faktoren anerkennen, werden sich diese schon die Anerkennung erringen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Schloß-Holke. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streit. Zugang von Beschlagschmiedern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schläu ist Streit ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Menden-Börsperde. Die Drahtweber, Drahtzieher, (Grob- und Feinzug) und die Metallbender der Firma „Neumalzwert“ stehen im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbau ist die Sperre verhängt.

Leipzig. Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig beschloß ab 5. August 60 Prozent sämtlicher Metallarbeiter auszusperrern. Zugang ist fernzuhalten.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Missetänden im Streit. Zugang von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalten.

Osnabrück. Differenzen, Zugang von Metallarbeitern jeden Berufes nach Osnabrück und der Georgs-Marienhütte ist fernzuhalten.

Beer. Ueber die Firma A. Schreiber ist die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Mehrdt. Ueber die Firma Max Schorch ist die Sperre verhängt.

Vorimund-Winnen. Ueber die Gleiserei der Firma Krupp in Winnen wurde wegen rigoroser Behandlung der Former und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die Elektromonteur stehen im Streit. Zugang fernhalten.

Warmen-Gierfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebungen stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schwelm. Bei der Firma Schubeis stehen sämtliche Arbeiter zwecks Abstellung von Missetänden und Abschluß eines Pakts im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zülich. In der Maschinenfabrik Breuer sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

Sagen. Die Arbeiter der Gelechtsmiederei Tesche stehen im Streit. — Bei der Firma Remy, Magnetschiffwerke stehen die Dreher, Schlosser, Härter und dergl. im Streit. — Die Klempner und Installationsgehülfen stehen in einer Tarifbewegung.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Spengler und Installateure stehen im Streit.

Düsseldorf. In den Maschinenfabriken und Eisenwerke bestehen Differenzen; teilweise stehen die Kollegen in Kündigung oder im Streit. Ehe Zureisende hierher Arbeit annehmen, haben sie sich auf dem Büro der Ortsverwaltung zu melden.

W.-Gledbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnkesselbauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft wegen vorliegender Differenzen ausgesperrt. Zugang von Arbeitern aller Art ist streng fernzuhalten.

Weyern. Die Weyerner Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Schwab. Gmünd. Ueber die Eisengießerei und Maschinenfabrik Nig und Schweizer ist die Sperre verhängt. Die Arbeiter stehen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten. Bericht folgt.

Wachen. Bei der Firma Jaques Plebboeuf stehen die Ueberhitzermonteur im Streit. Zugang, auch nach Düsseldorf, ist fernzuhalten. — Bei der Firma Wähler, Maschinenfabrik, haben sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Hannover. Der Schmiedestrick ist beendet.

Köln. Der Streit der Klempner und Installateure ist beendet.

Düsseldorf. Die Sperre über die Eisengießerei der Firma Schwarz ist aufgehoben.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. August 1911 der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. August bis 2. September 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung R 6 I n erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 10 Pfg. Die Verwaltungsstelle F u r t w a n g e n erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. für männliche erwachsene und 5 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Das der vorigen Nummer unseres Organs beigegebene Flugblatt, kann von denjenigen Verwaltungsstellen, denen eine Verteilung erwünscht und nötig erscheint, durch die Zentrale bezogen werden.

Augsburg. Der Kollege Josef Krämer, Schmelz, von Niederrain, bis Osnern in Augsburg tätig, wird gebeten, seine Adresse der Augsburger Ortsverwaltung mitzuteilen.

Rastatt. Das Mitgliedsbuch Nr. 77 375, ausgestellt auf den Namen Karl Stannler in Rastatt, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 1017, ausgestellt auf den Namen Josef Neumann, Schlosser, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Stuttgart. Der Arbeiter nachweis der Ortsverwaltung Stuttgart befindet sich auf dem Verbandsbüro Stuttgart, Urbanstr. 86, Tel. 2245.

### Aus dem Verbandsgebiet.

Halle a. S. Unsere Ortsgruppe hat's bekanntlich hier in Halle nicht leicht; trotzdem hält sie sich auf der Höhe der Zeit. Die Kollegen Winter-Berlin und Wagner-Halle haben durch ihr öffentliches Auftreten das Interesse unserer Metallarbeiter und unserer Ortsgruppe jederzeit gewahrt und gefördert. Dahingegen ist durch die bekannte „Arbeit“ und das unkollegiale Verhalten der Genossen gegen ihre Nebenarbeiter auch hier der Boden schon soweit verunreinigt, daß die „Gelben“ schon wie Pilze aus der Erde schießen. Auch an einzelne unserer Mitglieder ist man schon von seiten der „Gelben“ herangetreten, und man hat auch wirklich zwei Kollegen „gelapert“. Wir haben es uns nun zur Aufgabe gemacht, die „Verunglückten“ aus dem gelben Sumpf wieder zu befreien. Fleißig betätigen sich unsere Kollegen in der Aufklärung und Agitation. Ist das Resultat unserer Arbeit zurzeit auch nur ein bescheidenes, das kann uns nicht zurecht schrecken und mutlos machen; denn der Boden, den wir zu bearbeiten haben, ist „steinig“. Die Arbeit des Kollegen Winter-Berlin soll nicht vergebens gewesen sein; unser Dank sei ihm die Versicherung, daß wir seine Anregungen in die Tat umsetzen werden.

Kollege Reichert-Chemnitz, unser neuer Bezirksleiter, hat sich nun bei uns eingeführt. Wir werden jetzt alles daran setzen, unsere Ortsgruppe so zu stärken, daß er an Halle einen kräftigen Stützpunkt für die weitere Ausbreitungsarbeit gewinnt. Mit den anderen Gruppen unseres Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften stehen wir in freundschaftlicher Beziehung und nehmen an den Veranstaltungen des Kartells teil. Im vergangenen Halbjahr hielten uns Vorträge die Kollegen Winter, Wagner, Reichert, Buchner-Erfurt, ferner die Sekretärin Fr. Schreder-Halle und Herr Lehrer Dietrich. Die Vorträge fanden teils in unseren Ortsgruppenversammlungen, teils in denen des Kartells statt. Da unser Vorsitzender Kollege Wagner sich mit der Absicht tragt, eine Arbeiterkretzreise anzunehmen, ist die Wahl eines neuen 1. Vorsitzenden nötig geworden. Zu dem Zwecke fand am 19. August eine außerordentliche Generalversammlung statt, in der Kollege Wagner uns auch noch einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung hielt. Und nun Kollegen, auf zur Tat, vor die Front, kräftig gearbeitet, damit unsere Ortsgruppe bald eine der ersten in unserem neuen Bezirke wird.

Haltern i. W. Endlich ist es auch hier gelungen, eine Ortsgruppe unseres Verbandes zu gründen. In der Gründungsversammlung am 28. Juli referierte Bezirksleiter Kollege Hirtjes-Essen über: „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.“ Der Erfolg war, daß sich sofort 28 Kollegen unserem Verbände anschlossen. In einer weiteren Versammlung am 4. August in der Kollege Gröbe-Essen einen Vortrag hielt, wurden wiederum mehrere Kollegen für unseren Verband gewonnen. Jetzt heißt es, fest zusammenhalten und Aufklärung über unsere Bewegung in die Massen tragen, damit die noch Fernstehenden den Wert und Nutzen der Organisation erkennen und sich ebenfalls, gleich ihren Arbeitsbrüder unseren Verbände anschließen. Der gewählte Vorstand wird alles daran setzen, unsere Ortsgruppe vorwärts zu bringen. Wir wollen auch nicht versäumen, dem Vorsitzenden des hiesigen christlichen Gewerkschaftskartells für die geleisteten Vorarbeiten unseren Dank abzusprechen. Nur durch Einigkeit wird das erreicht werden, was dem einzelnen unmöglich ist!

Waltrop b. Dortmund. Die Vorgänge auf der Königl. Zeche Waltrop waren die Veranlassung zu einer am 26. Juli hier selbst abgehaltenen Protestversammlung. Mehr als 200 Personen waren dazu erschienen. Galt es doch öffentlich Protest einzulegen gegen die Behandlung der Arbeiter durch die Betriebsleitung genannter Zeche. Der erste Referent Kollege Jatum, wies mit Recht darauf hin, daß die Missetände auf der Kgl. Zeche Waltrop nicht länger mehr der Kritik der öffentlichen Meinung vorzuenthalten bleiben könnten. Insbesondere seien es die Herren Maschinenmeister Terbed und Kotsmeister Preßhor, über deren Vernehmen sich die Arbeiter beschweren müssen. Trotzdem diese beiden Herren das Recht der Organisation als etwas Selbstverständliches für sich in Anspruch nahmen, haben sie den Arbeitern die dieses

